

Kernpunkte 3

März 2014 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

USA gewähren Staatsgarantien für neue Vogtle-Einheiten

Der Bau von zwei Kernkraftwerken am Standort Vogtle im amerikanischen Bundesstaat Georgia wird von der Regierung mit staatlichen Darlehensgarantien von umgerechnet insgesamt 5,78 Milliarden Franken unterstützt. Das Energiegesetz von 2005 erlaubt dem Energieministerium, Darlehensgarantien für Projekte zu vergeben, die Treibhausgase vermeiden oder verbesserte Technologien anwenden. In diesem Sinn seien die Kernkraftwerke in Vogtle zum Erhalt von Staatsgarantien berechtigt, da sie jährlich den Ausstoss von schätzungsweise 10 Millionen Tonnen CO₂ vermeiden. Das entspricht gemäss dem Ministerium dem Ausstoss von 2 Millionen Fahrzeugen. Zudem beinhalten die beiden in Vogtle zurzeit gebauten Reaktoren vom Typ AP1000 mehrere innovative Weiterentwicklungen, die zu bedeutenden Verbesserungen in Betrieb und Sicherheit führen.

Finnland: Zusatzgesuch für Hanhikivi-1

Die Stromversorgerin Fennovoima Oy hat dem finnischen Wirtschaftsministerium ein Zusatzgesuch eingereicht, um sicherzustellen, dass sie am Standort Hanhikivi einen Reaktor des fortgeschrittenen russischen Typs AES-2006 bauen darf. Der entsprechende Vertrag mit dem russischen Lieferanten wurde im Dezember 2013

abgeschlossen. Das finnische Parlament hatte bereits 2010 in einem Grundsatzentscheid das Projekt befürwortet. Da die Fennovoima in der Zwischenzeit gegenüber dem ursprünglichen Gesuch mehrere Änderungen vorgenommen hat, unter anderem am Reaktortyp und der Eigentümerstruktur, ersuchte sie die Regierung um die Zusicherung, dass ihr Projekt immer noch mit dem Kernenergiegesetz im Einklang steht. Nach dem Entscheid der Regierung wird das Parlament nochmals darüber befinden.

EU-Parlament fordert ehrgeizigere Ziele bis 2030

Das Europäische Parlament hat am 5. Februar 2014 drei verbindliche Ziele für die Klima- und Energiepolitik gefordert: Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoss um 40% gesenkt, der Anteil der erneuerbaren Energiequellen auf 30% gesteigert und die Energieeffizienz um 40% verbessert werden. Damit ging das Parlament weiter als die Vorschläge der Europäischen Kommission, die einen leicht tieferen Mindestanteil erneuerbarer Energien (27%) und keine neue Vorgabe für die Energieeffizienz vorsahen. Das Parlament nahm die sogenannte «nichtlegislative Entschliessung» mit 341 Ja- zu 263 Neinstimmen bei 26 Enthaltungen an. Die neuen Ziele gehen somit als nicht verpflichtende Empfehlung an die Kommission und den Rat. Foratom, die Dachorganisation der europäischen Nuklearindustrie, hat das ange-

Redaktion:
M.-F. Aepli, B. Bechtold,
M. Brugger, M. Rey,
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2014 Nuklearforum Schweiz

Statusbericht Fukushima

In den drei Jahren seit dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi sind auf der Anlage umfassende Arbeiten zum Schutz von Mensch und Umwelt geleistet sowie Fortschritte bei den Aufräumarbeiten erzielt worden. Die Anlage gibt kaum noch radioaktive Stoffe an die Umgebung ab. Internationale Experten rechnen mit keinen beobachtbaren Zunahmen von strahlenbedingten Erkrankungen aufgrund der Strahlenbelastung. Der aktualisierte Statusbericht des Nuklearforums Schweiz ist online unter www.nuklearforum.ch/de/dossier-fukushima verfügbar.

strebte Treibhausgas-Reduktionsziel grundsätzlich begrüsst. Sie verlangt jedoch, dieses Ziel technologieneutral und ohne Bevorzugung einzelner Technologien anzustreben.

Zehn neue Erdbebenstationen in der Nordschweiz

Im Auftrag der Nagra und der schweizerischen Kernkraftwerke hat der Schweizerische Erdbebendienst (SED) an der ETH Zürich in den vergangenen zwei Jahren das Erdbebenmessnetz in der Nordschweiz ausgebaut. Es wurde bis Anfang 2014 um zehn neue Messstationen erweitert, um die Entstehung von Erdbeben in der Region besser zu verstehen und die Umgebung von möglichen Standorten eines Tiefenlagers für hochradioaktive Abfälle zu untersuchen. Die Seismometer wurden laut SED in abgelegenen Gebieten installiert, um den Einfluss des Menschen durch Bautätigkeiten oder Strassenverkehr so gering wie möglich zu halten. Dadurch können schwache, für den Menschen nicht spürbare Beben aufgezeichnet und ihr Ursprung festgestellt werden.

Aktionsplan Fukushima 2014: Fortsetzung der Arbeiten

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) setzt die Aufarbeitung der Lehren aus dem Reaktorunfall in Fukushima-Daiichi fort. Der veröffentlichte Aktionsplan «Fukushima 2014» umfasst acht Schwerpunkte, darunter Extremwetter und Notfallmanagement. «Wir haben in den vergangenen knapp drei Jahren die wichtigsten Massnahmen eingeleitet und umgesetzt, um die Sicherheit der Kernkraftwerke in der Schweiz weiter zu erhöhen», fasste Georg Schwarz, Leiter des Aufsichtsbereichs Kernkraftwerke und stellvertretender Ensi-Direktor, bei der Vorstellung des Aktionsplans die bisherigen Arbeiten zusammen.

Kernenergie bleibt für Japan von Bedeutung

Gemäss dem Entwurf eines neuen Energiekonzepts will Japan an der Kernenergie als Grundlaststromquelle festhalten. Sie biete Versorgungssicherheit sowie tiefe und stabile Produktionskosten. Auch setze sie kaum Treibhausgase frei. Die Kernenergie nähme deshalb bei der Grundlaststromversorgung eine Schlüsselrolle ein – vorausgesetzt, die Sicherheit ist gegeben. Bei der Entwicklung der Kernenergie müssten daher Sicherheitsfragen im Zentrum stehen und die Notfallvorsorge fortlaufend verstärkt werden.

Fukushima-Daiichi: neue Studie zu Strahlenbelastung

In Gebieten, die an die Evakuationszone des havarierten Kernkraftwerks Fukushima-Daiichi grenzen, sind keine zusätzlichen Krebserkrankungen zu erwarten. Dies zeigt eine neue Studie, die im Januar 2014 in der Fachzeitschrift der amerikanischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht wurde. Auswertungen aus drei ausgewählten Gemeinden haben gezeigt, dass die zusätzliche Strahlenbelastung in diesen Gebieten im Bereich der durchschnittlichen natürlichen Strahlung in Japan liegt.

Tschernobyl: keine Erhöhung der Krebshäufigkeit in Finnland

Der Reaktorunfall in Tschernobyl im Jahre 1986 hat zu keiner Zunahme der Krebshäufigkeit in Finnland geführt. Dies zeigt eine von der finnischen Nuklearaufsichtsbehörde gemeinsam mit dem Finish Cancer Registry, der University of Tampere und dem National Institute for Health and Welfare erarbeiteten Studie. Zur Ermittlung der Krebshäufigkeit wurden die Krebsdaten von 3,8 Millionen Finnen ausgewertet. Gemäss der Studie entspricht die während des ersten Jahres nach dem Tschernobyl-Unfall zusätzlich von der Bevölkerung aufgenommene Strahlendosis nicht mehr als einem Zehntel der mittleren jährlichen Strahlendosis in der Schweiz.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.